

Herr Dr. Rieger SPD möchte dem Antrag der UWG zustimmen. Er trägt vor, dass es sich bei dem Arbeitseinsatz für Asylbewerber um eine pflichtige Aufgabe handelt. Nach Vortrag der Verwaltung, in dem die Schwierigkeiten erläutert wurden, die sich in der Vergangenheit beim Arbeitseinsatz der Asylbewerber ergeben haben und aufgrund des Fehlens eines Vertreters der UWG wird der Antrag zur Beratung in den Hauptausschuss verschoben. Die Verwaltung wird beauftragt, Zahlen über den Arbeitseinsatz der Asylbewerber 2010 und 2011 vorzulegen.